Ist Köln überfordert mit der Zahl der aktuell ankommenden Geflüchteten?

Für die Kölner FDP ist es eine humanitäre Verpflichtung, Menschen, die vor Verfolgung, Terror oder Krieg flüchten, Schutz zu bieten. Wir müssen aber auch feststellen, dass durch die hohe Zahl der Geflüchteten Probleme in unserer Stadt noch verstärkt werden wie z.B. knapper Wohnraum, fehlende Kita- und Schulplätze. Ebenso bedeuten die Kosten für Unterbringung, Betreuung und Integration eine große finanzielle Belastung für den städtischen Haushalt.

Wenn ja, welche Maßnahmen würden bei gleichbleibenden Ankunftszahlen helfen?

Die Schaffung von Wohnraum und der Ausbau von Kita- und Schulplätzen steht hier ganz oben auf der Agenda. Diese Maßnahmen sind aber natürlich im Interesse aller Kölner und Kölnerinnen und nicht nur der Geflüchteten. Darüber hinaus setzt sich die FDP vor allem dafür ein, dass Geflüchtete möglichst schnell die deutsche Sprache erlernen und in Arbeitsverhältnisse kommen. Das sind die Schlüssel für eine gelungene Integration.

Ein wichtiges Programm hierzu war der Jobturbo der Ampelregierung. Für Köln haben wir im Stadtrat gefordert, dass die städtischen Unternehmen mit gutem Beispiel vorangehen und gezielt Geflüchtete in ihre Personalstrategie aufnehmen.

2. Was hält Ihre Partei davon, als Stadt Köln dem Städtenetzwerk ICORN beizutreten?

Vorab eine generelle Bemerkung. Die Kölner FDP ist der Meinung, dass die Entscheidung und Zuständigkeit über Aufnahmekapazitäten beim Bund liegen muss und steht damit im Widerspruch zur Seebrücke, die ja die Auffassung vertritt, dass Städte und Kommunen eigenständige kommunale Aufnahmeprogramme auflegen sollen.

Inwieweit Köln verfolgten jungen Frauen aus Afghanistan Unterstützung bieten kann, kann von daher nur in Abstimmung mit der Bundesregierung erfolgen. Natürlich wissen wir um die Unterdrückung der afghanischen Frauen sowie um die Verfolgung von Kulturschaffenden und Journalistinnen und Journalisten und sind auch bereit, individuell Unterstützung zu leisten.

Was wird Ihre Partei unternehmen, um diese Ungleichbehandlung zu beenden?

Das Ausländeramt kommt mit der Terminvergabe leider nicht hinterher und ist hier bereits vor Jahren an seine Grenzen gestoßen. Dass hier über Monate nicht einmal die Terminvergabe online war, ist katastrophal. Die Untätigkeit der Stadtspitze ist leider symptomatisch. Vor wenigen Wochen haben wir im Digitalisierungsausschuss eine Initiative gestartet, damit künftig Mitarbeitende in der Verwaltung und speziell auch beim Ausländeramt durch KI-gestützte Assistenten entlastet werden.